



DIE LINKE. handelt

Politik für die Beschäftigten im Einzelhandel.



Wirwählenlinks
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links

DIE LINKE handelt: Politik für die Beschäftigten im Einzelhandel!

Spätestens seit letztem Jahr hat es jede*r im Alltagsleben erfahren: Verkäufer*innen sind systemrelevant! Trotzdem sind die Gehälter im Einzelhandel gering und die Arbeitsbelastungen hoch. Die Branche ist gekennzeichnet durch fallende Vollzeit- und steigende Teilzeitbeschäftigung. Anstelle von beruflicher Sicherheit werden befristete Arbeitsverträge mit hochflexiblen Arbeitszeiten abgeschlossen. Dadurch wird das unternehmerische Risiko von den Arbeitgeber*innen auf die Beschäftigten abgewälzt. Und genau das ist politisch so gewollt!

Vor genau zwanzig Jahren hat die damalige Rot-Grüne Bundesregierung mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz angefangen, Teilzeitarbeit zu fördern sowie sachgrundlose Befristungen und Arbeit auf Abruf endgültig ins deutsche Arbeitsrecht zu überführen. Mit Hilfe von Hartz 4 wurde bewusst der größte Niedriglohnsektor Europas geschaffen.

Ergebnis dieser arbeitgeberfreundlichen Politik im Einzelhandel:

Auf der Schattenseite stehen die Beschäftigten: Nachdem sie Familie und Beruf kaum miteinander vereinbaren konnten, droht ihnen zunächst die Arbeits- und dann die Altersarmut. Auf der Sonnenseite stehen nur die Arbeitgeber: Zu den fünf reichsten Deutschen gehören heute drei Händler und ihre Familien: Die Besitzer von Lidl/Kaufland konnten sogar in der Krise 2020 ihr Vermögen um 11,1 Milliarden Euro erhöhen, von Aldi Süd um 4,3 Milliarden Euro und von Aldi Nord um 3,3 Milliarden Euro.

Diese Gewinne sind nur möglich, weil Unternehmenslobbyisten die Gesetzgebung zu ihren Gunsten beeinflussen. Deshalb brauchen die Beschäftigten ebenfalls politischen Einfluss.

DIE LINKE fordert:

1. Ein Recht auf Vollzeitbeschäftigung
2. Ein Recht auf Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag
3. Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen
4. Einen gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro
5. Stärkung von Tarifrechten/Allgemeinverbindliche Tarifverträge
6. Familien- und sozialverträgliche Arbeitszeiten
7. Sechs Wochen gesetzlicher Urlaubsanspruch für alle Beschäftigten

Umverteilung des von den Beschäftigten erwirtschafteten Profits setzt genau eine solche arbeitnehmerfreundliche Politik voraus!

Zu einer linken beschäftigtenfreundlichen Politik gehört auch die Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Gerade im Handel erleben wir immer wieder systematische Bekämpfung von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Aktiven. Nur ein Fünftel der Betriebe im Einzel- und Versandhandel sind überhaupt noch tarifgebunden.

Eine **Politik für die Lohnabhängigen** ist notwendiger denn je: Zukunftskonzepte für den Handel müssen von den Beschäftigten mitgestaltet werden können. Onlinehandel und Digitalisierung dürfen nicht zu Betriebsschließungen und Personalabbau führen, sondern zu guter Arbeit mit Zukunft in lebenswerten Innenstädten!



Initiative »GewerkschafterInnen wählen links«

Wolfgang Räschke (V.i.S.d.P.)

Kleine Alexanderstr. 28,10178 Berlin

www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de